Kunstdemo kratie

Kopierung für Freie Kunstforschung und Freie Demokratieforschung Das Debattenblatt der Stiftung KUNSTdemokratie Rechtsfähigkeit und Gemeinnützigkeit in spe

2021

DIGIAUSGABE

5 Jg. 2021/Nr.1

"Heimat 10.000"

Konzept und Proklamation einer Sozialen Plastik, um die Wohnungslosigkeit der Menschen abzuschaffen. Eine Kampagne zum Wohnungsbau für Alle, als allgegenwärtiger Genuss an Schönheit zu einer Sozialen Plastik. Die schönste Durchdringung wären dann die ersten 10.000 Heimaten für dann nicht mehr Wohnungslose.

Künstler*innen und alle sich anschließenden Kreativen, ob Kind, Senior, Mundmaler, Menschen mit Handykap suchen Bündnispartner, bestehend aus Sozialverbänden, sozialen Organisationen der Kunst, Kultur, Gewerkschaft, Politik, Religion und einzelnen Menschen die sich das Ziel setzen, daß in der nächsten Legislaturperiode ein verpflichtendes Gesetz, zum Wohnungsbau verabschiedet wird, daß für jeden Menschen, der auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland lebt, eine Wohnung zur Verfügung steht. (siehe Seite 4) Auch für diejenigen Menschen die nicht in der Lage sind eine Miete zu bezahlen.

Dieses Gesetz wird im Jahre 2026 verfassungsrechtlich und Gesellschaftspolitisch fest verankert.

Daß die Würde des Menschen unantastbar ist,

wird damit konkretisiert und für die Menschen in ihrer Lebensrealität erfahrbar und erlebbar gemacht.



Das Almosen Obdachlosenheim wird durch die gesetzliche Umsetzungspflicht, in einer Wohnung zu leben, umgewandelt. Die Feststellung von Viktor Hugo, die besagt, daß, wer Almosen gibt, das Recht nicht verstanden hat, heißt für uns die Bündnispartner: Wir haben verstanden und lehren es der Politik sowie den Gerichten. Deutschland wird Vorbild für eine europäische Umsetzung und Europa ist Vorbild für die Welt als sichtbarer Monolith von demokratischer Fähigkeit zum stabilen sozialen Frieden, eine Grundvoraussetzung auf dem Weg zu einem stabilen Weltfrieden. Mit den Worten von Ernst Bloch könnte auch gesagt werdenden den "Umbau der Welt zur Heimat" gestalten. Unser Ziel, im documenta Jahr 2027, in Kassel und anderen Städten 10.000 Bilder, Zeichnungen, Collagen zu präsentieren. Diese Kunstwerke, die auch Auskunft geben über das Bildvermögen einer Gesellschaft werden solide gerahmt, Strassenfähig gemacht und rückseitig mit unseren Forderungen versehen und an Wohnungslose bedingungslos verschenkt zum Zweck einer bundesweiten Straßenausstellung für einige Stunden. Diese Kunstwerke sind ihr Besitz, sie können veräußert werden, verschenkt oder für die eigene Wohnung aufbewahrt werden. Wir alle zusammen werden in diesem Jahr und konzentriert im Sommer 2027 die bis dahin bestehenden Defizite im Wohnungsbau anklagen und unser Menschenrecht auf eine Wohnung einklagen. Eine Anbiederung an die "Eliteveranstaltung" documenta 16 wird nicht gemacht, ein Angebot zu einem konstruktiven Gespräch ist ja hier nicht möglich. Ein bisschen trommeln ja, ansonsten geht auch alles ohne documenta - "Spektakel". Was es ist, das Kunstsystem zu demokratisieren ist ja hier weitgehend unbekannt im Refugium feudaler Repräsentanz. Die Soziale Plastik ist angepackt, es geht voran, der Hurrikan Freundeskreis KUNSTdemokratie arbeitet gelassen weiter:



Künstler*innen Liste "Heimat 10.000"

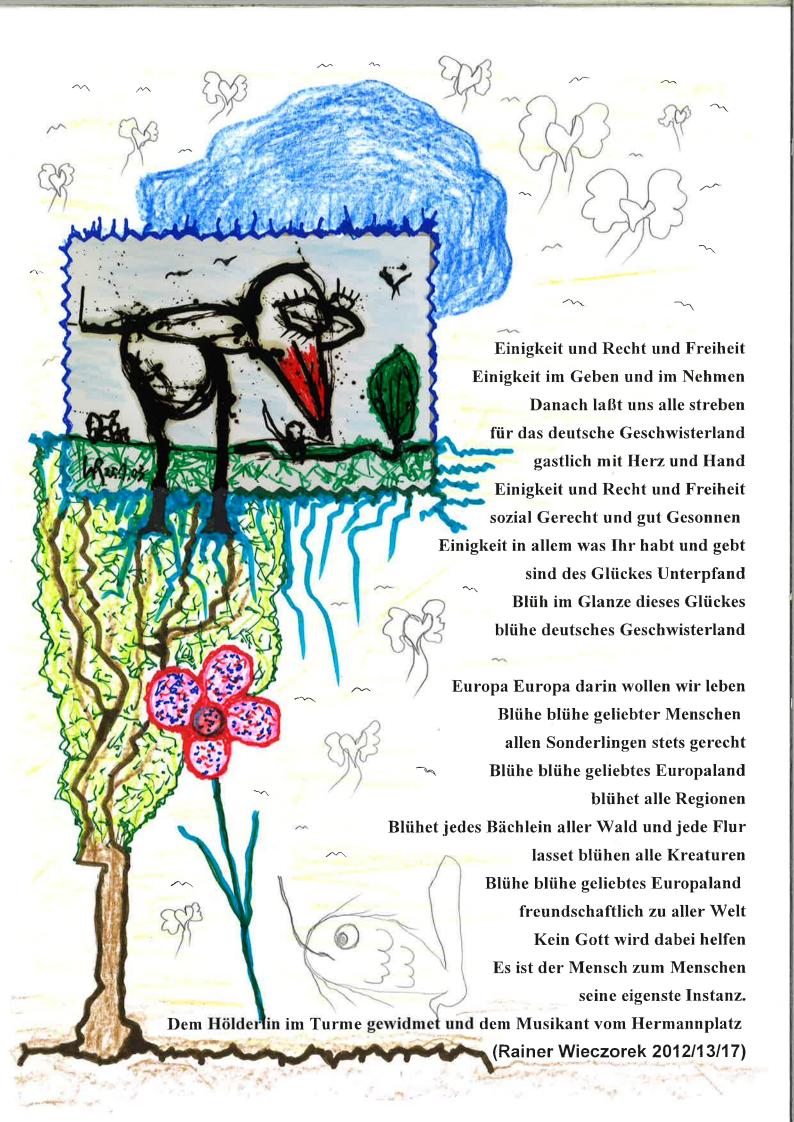
Rainer Wieczorek / Berlin; Michael Tilgen (1947/17) / Berlin; Gloria Pense (1945/13) / Berlin; Tim Pernitzsch "Freischneider" (1969/13) / Berlin; Streetart "Der sechsen Maler" / Berlin; Streetart ".tk" / Berlin; Streetart "@ vvvisionaire ", / Berlin; Juliane Daldrop / Berlin; Jeannette Abée / Berlin; Caren Sielaff / Berlin; Jörg Irion / Berlin; Carmen / Kassel; Patrick / Kassel; Theodorus / Kassel; Johann Leschinkohl, Berlin; Rolf Westphal / Berlin; Saza Schröder / Hamburg; Christian Pietzke / Halle; Eberhard Janke / Berlin; Paul Gallagher / Berlin; Lars Schumacher / Hannover; Astrid Bansky / Hamburg; Doris Zimmermann / Düsseldorf; HeikeMaria unVORSTellBar / Berlin; Anonym / Berlin; Viola Wandrey / Berlin; Wolfgang Hille / Berlin; Oscar / Berlin; Constanze Winkelsen / Nürnberg; Sigrid Sack / Heilbronn; Jörg Seifert / Annaberg-Buchholz; Emilio Carasco / Mexiko; Theo / Berlin; Manfred Rüting / Berlin; Morelli / Berlin Much Hands (steht für kunstwissenschaftliches Zitieren = Namensnennung und Signatur durch den *Autor der Collage) Rainer Wieczorek, Berlin - Erich Sündermann, Austria - David Stanly Aponte, USA - Eugene Debs, USA - Ottmar Bergmann, Schweden - G.C.Lichtenberg 1742/99 - Lars Schumacher, Hannover - Viola Wandrey, Berlin - Isidore Isou 1925/07 - Joseph Beuys 1921/86 - Reed Altemus, USA - David Stanly Aponte, USA - Theodorus, Kassel - Juliane Daldrop, Berlin - Constanze Winkelnsen, Nürnberg - Astrid Bansky, Hamburg - Michael Kirmes-Seitz, Hamburg - Hermann Krauth, Berlin - Lutz Anders, Berlin - Wolfgang Günther, Kassel - Nikolaus Mohr, - Lutz Wohlrab, Berlin - Birger Jesch, Jena - Hans Nevidal, Österreich - Jean-Noel Laszlo, Frankreich - Robert Rehfeld 1931/93 - Ruth Wolf-Rehfeld, Berlin - Jochen Dankresi, Kassel -Ryosuke Cohn, Japan - Babette Bartscheit, Berlin - Roland Halbritter, Nüdlingen - Carlfriedrich Claus, Chemnitz - Jörg Seifert, Annaberg-Buchholz - Oscar Wilde 1854/1900 - Johann Knopf 1866/1910 - Gerolf Steiner 1908/2009, - Theo Breuer, -Sigrid Sack, Heilbronn - Anonym - Jörg Seifert, Annaberg-Buchholz - Emilio Carasco / Mexiko, - Manfred Rüting, Berlin - Saza Schröder / Hamburg - Magda Lagerwerf / Dänemark, - Pier Roberto Bassi:

Es haben 36 Einzelpersönlichkeiten sich bisher Beteiligt und weitere 28 andere wurden kunstwissenschaftlich zitiert = Much Hands. 1009 Arbeiten sind beisammen Projektbeginn dieser Sozialen Plastik, Geburt in Kassel 11.1. - 9.12.2021; und es geht weiter

INITIATOR/KONTAKT/VERANTWORTUNG: Rainer Wieczorek, Berlin, wieczorek.rainer@web.de
PARTNER: "Büro für Menschenrechte" eine Arbeitsgemeinschaft der Stiftung "KUNSTdemokratie" in spe, Sitz im "Stadtteilbüro Reuterkiez"; "Freundeskreis KUNSTdemokratie für interaktive Kulturprozesse" e.V, Berlin; "Tagesaufenthaltsstätte Panama Soziale Hilfe" e.V., Kassel; UNTERSTÜTZUNG: Verein "Haus 104", Berlin; "Mehrgenerationenhaus im Nachbarschaftstreff Schillerkiez", Berlin; "Nachbarschaftsheim Neukölln" e.V., Berlin; "kunstraum reuter", Berlin; "galeria kollektiva", Kassel







PROKLAMATION

Demokratiemangel und versagende Repräsentanten erzwingen Außerparlamentarische Opposition erzeugen Außerparlamentarische Gesetzes Initiativen = Wohnungsrecht = Menschenrecht =

Präambel

Die Bundesrepublik Deutschland als Gesamtstaat trägt die Pflicht jedem Menschen auf seinem Staatsgebiet, Bürger*in oder Familie oder autonom gesetzte Wohngruppen eine Wohnung zur Verfügung zu stellen. Es gibt einen klar definierten einzuhaltenden Mindeststandard für Menschen die aus Not auf eine staatliche Wohnung angewiesen sind. Der Staat hat Sorge zu tragen und ausgleichende Maßnahmen zu treffen so das seine Menschen und Staatsbürger* innen nicht durch den privaten Wohnungsmarkt bei Beanspruchung ihrer sozialen Grundrechte beschnitten werden. Eine staatliche Pflichtwohnung darf einfachen Standards entsprechen, die definiert sind. Wärme, Wasser, Energie, Hygiene, Sicherheit, Tageslichtangebunden und Anbindung an die Ortsübliche soziale Infrastruktur. In einer staatlichen Pflichtwohnung darf bei der Erhebung der Gesamtmiete, sowie der Lage für diesen Wohnraum, kein Bürger*in in der Beanspruchung seiner sozialen Grundrechte beschnitten wird. Soziale Grundrechte sind Nahrung, Arztversorgung, Bildung/Kultur, Information, Verkehr zwischen den Grundrechten und Geldbesitz. Die Bundesrepublik Deutschland als Gesamtstaat muß steuerlich/fiskalisch ausgleichende Mechanismen bereitstellen um seine zwingend zu realisierende Pflichtaufgabe staatliche Pflichtwohnungen zu besitzen nachkommen. Hintergehungstatbestände und Verhinderungstatbestände die Pflichtziele dieses Gesetzes zu behindern muß strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen, auf allen Ebenen staatlicher und privater Verantwortlichkeit. Alle Staatsbürger sind Aufgefordert an der Erreichung und dem Ausbau von sozialen Grundrechten Mitzuwirken. Die sozialen Grundrechte sollen eine Existenzsicherheit gewährleisten und mit der Unverletzlichkeit der Würde jedes einzelnen Menschen im Einklang sich befinden. Der soziale Rechtsstaat kennt keine Grenzen. Er investiert in die soziale Kompetenz seiner Staatsbürger*innen, auch im Hinblick auf eine Völkerverständigung und unter Wahrung dieser Rechte bei einer Vereinigung zu einem europäischen Staatsmodell.

§1 WOHNUNGSRECHT

- (1) Jeder Bürger*in hat Anspruch auf 35 qm Wohnraum mit Sanitär und Küche.
- (2) Für Familien und Wohngruppen sind entsprechend größere Wohnungen oder zusammenhängende Wohnräume zu ermöglichen.
- (3) Für Physisch oder Psychisch beeinträchtigte Menschen gelten Sonderregelungen. Da wo keine standardisierten Regeln möglich sind, werden die Einzelfälle geregelt.

§2 WOHNUNGSWECHSEL

- (1) Zwangsräumungen aus staatlichen Pflichtwohnungen sind aus finanziellen Gründen nicht zulässig.
- (2) Zwangsräumungen aus privaten Wohnungen auf die Straße sind nicht zulässig. Zwangsräumungen dürfen hier nur vollzogen werden bei unmittelbarem Umzug in eine andere Wohnung.
- (3) Wohnungswechsel die aus sozialen Gründen für sinnvoll erachtet werden sollten einvernehmlich mit Hilfe einer Mediation erfolgen.



Gewaltkriminalität und Straftaten gegen Obdachlose

Obdachlose Menschen werden zunehmend
Opfer von Straftaten und Gewaltkriminalität.
Seit dem Berichtsjahr 2011 werden in der
Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst.
Das bedeutet, dass bei Delikten, in denen
eine Opfererfassung erfolgt, auch die
Opferspezifika mit angegeben werden muss.
Eine Opfererfassung erfolgt grundsätzlich
bei strafbaren Handlungen gegen
höchstpersönliche Rechtsgüter (Leben,
körperliche Unversehrtheit, Freiheit,
Ehre, sexuelle Selbstbestimmung). Seit
Einführung der Opfererfassung ab
Berichtsjahr 2011 gibt es das Merkmal

"obdachlose Person". Seit 2014 wird der inhaltsgleiche Begriff "Obdachlosigkeit" für die Erfassung genutzt. Die Bundestagsfraktion Die Linke wollte von der Bundesregierung wissen, wie sich die Gewaltkriminalität gegen Obdachlose entwickelt hat. Dazu gibt die Bundesregierung in einer Antwort auf die Kleine Anfrage Auskunft. Die Bundesregierung schreibt von einem kontinuierlichen Anstieg der Gewalt gegen Obdachlose.

Kontinuierlicher Anstieg der Gewalt gegen Obdachlose. Bei der Gewaltkriminalität ist ein Anstieg von 249 Opfern im Jahr 2011 auf 592 Opfer im Jahr 2017 zu verzeichnen. Im Jahr 2011 wurden diverse Straftaten gegen insgesamt 602 Obdachlose, darunter 496 Männer und 106 Frauen, dokumentiert. Auch diese Straftaten haben zugenommen. 2017 wurden den Angaben zufolge 1.389 obdachlose Opfer von Straftaten registriert, darunter 1.109 Männer und 280 Frauen. Ursache rechtes Gedankengut?

Die Linken sehen als Ursache der zunehmen Gewaltkriminalität menschenverachtende oder rechtsextreme Motive; Sozialdarwinismus gepaart mit der Überzeugung, dass Wohnungslose "unwertes Leben" darstellen. Laut der Statistik der Amadeu Antonio-Stiftung zu Opfern rechter Gewalt wurden seit 1990 mindestens 26 Obdachlose von Rechtsextremisten umgebracht.

Quelle: Die Linke; Pressedienst des Deutschen Bundestages

https://jugendsozialarbeit.news/gewaltkriminalitaet-und-straftaten-gegen-obdachlose/

ArmMutsspucke, künstlerisch

Lumpenestablishment, soziologisch

Privilegienmasturbation, politisch

Molochidioten, medizinisch

Trick tik tik Cabaletta Bombastbusineßgier, satirisch

Rainer Wieczorek, Buhlin 6./7.12.2021

Cabaletta = kleine Arie

IMPRESSUM: Herausgeber "Gesamtkunstwerk Rainer Wieczorek"; Geschäftsführung / Redaktion / Anschrift co Rainer Wieczorek, Reuterstraße 85, 12053 Berlin und alle Texte sowie Zeichnungen;

Email: wieczorek.rainer@web.de; Website: www.rainerwieczorek.de; wirart.de; https://www.facebook.com/rainer.wieczorek.3;

Preis Heftausgabe: Vorkasse Briefversand 5,-€; Ladenverkauf 5,-€; Auflage:100 x/a 4Seiten